

GRAMM & BÖRNER Braut-Ausstattungen.

Möbel-Fabrik und

Ausstellungshaus

Vollständige Wohnungseinrichtungen.

60 Muster-Zimmer

In mittleren und hochfeinen Ausführungen am Lager.

Gr. Ulrichstr. 12, Halle a. S.

Telephon 1007.

Extra-Anfertigung nach gegebenen

Übernahme kompletter Einrichtungen

Preussischer Landtag.

Verhanden.

6. Sitzung am 27. Februar.

Am Ministertisch: Frau v. Rheinbaben, Geiseler, Breitenbach, Frau und Zerbine sind nicht beigef. Zunächst wird das neu eingetretene Mitglied General der Infanterie Frau v. D. wohl erwidert.

Nach Eröffnung der Sitzung unangeleglicher Punkt des Tagesordnungs wird über die

Dampfkraftverbindung Salsitz Treleberg

verhandelt. Die Vorlage ist vom Abgeordnetenverein bekanntlich unverändert angenommen worden.

Dr. Schlotow-Sietlin befragt sich auf eine kurze Erklärung gegen die Vorlage. Die Vorlage wird darauf genehmigt und es erfolgt die Weiterberatung der

Enteignungsvorlage.

Dr. Oppendorff betont, er wolle sich auf eine Prüfung der Enteignungsvorlage auf ihre Rechtmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit beschränken. Er spreche aus für seine Meinung, glaube aber, mit seiner Ansicht nicht allein zu stehen. Wenn als einer der Gründe der Enteignung die Befreiung der Demontierung des österrösischen Güterverkehrs bestimmt wird, so ist dieser Grund unbillig. Wenn denkt an die Erwerbungen der Österrösischen durch den Staat; die Erweiterung der damaligen Abfertigung über die Enteignung ihrer Güter ist ein Maßstab, mit welchem die Erweiterung der Demontierung abgemessen werden kann. Der Herr Redner ist der Meinung, dass die Erweiterung der Demontierung nicht zu erwarten sei. Wenn weiter als Grund für die Vorlage die Abnahme der deutschen Bevölkerung bezeichnet werde, so ist das unbillig. Was habe die Enteignung mit der Bevölkerungszunahme zu tun? Der Herr Redner ist der Meinung, dass die Bevölkerungszunahme ein Grund für die Enteignung sein sollte. Die Enteignung ist ein Eingriff in das Eigentum, der nur im öffentlichen Interesse zulässig ist. Der Herr Redner ist der Meinung, dass die Enteignung nur im öffentlichen Interesse zulässig ist.

Insprechen ist vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Frickel begrüßt, der Eröffnung in der Sitzung erwidern. Herr Radjowski erklärt, er habe dem Berichterstatter keinen Vorwurf machen wollen. Landwirtschaftsminister v. Rheinbaben betont, was man den Polen vorwerfe, ist der wirtschaftliche Kampf gegen alle Deutschen. Der Staat habe endlich erkannt, die Zufriedenheit der Krone an die Polen zu verknüpfen. Die Polen aber haben gegen den Kampf bis aus Westfalen intiniert. Ministerpräsident Fritze äußert betritt den Saal. Wir wählen uns saggen werden, im Osten eine nicht deutsche geschlossene Nationalität sich entwickeln zu lassen. (Beifall.)

Dr. Schäfer zum 10. fast lachliche Beifallung erklärt, seine heilige Rede sei missverstanden worden. Er wiederholt seine gefälligen Darlegungen und schließt daran den Wunsch, die in der Vorlage geordneten Riten lieber für die Krone zu verwenden.

Präsident v. Mantruff: Das ist keine lachliche Beifallung. Dr. Groß zum 10. Gedenken: Die Erinnerung an die Verleumdungen der Krone Preußen gegenüber den Polen drängt uns wahrlich nicht unangenehm zu sein. Wir sind, das beweisen diese Verleumdungen, dem Polentum mit offenen Armen entgegengekommen. (Beif. Beif.) Aber wie hat man uns das getan? Die Nachwelt wird sagen, wie sehr die Polen auf ihre Rechte pochten, wie wenig sie von ihren Pflichten wissen wollen. (Sehr richtig!) Der Redner erinnert an den frevelhaften Schulstreik. Wir wollen nach wie vor den Polen entgegenkommen, aber vorher müssen sie sich der Staatsrechte unterwerfen. Das von ihnen zu erreichen, ist der Zweck dieser Vorlage. (Sehr richtig.) Der Redner geht dann auf die Rechte und Verhältnisse ein. Er behauptet, dass der Begriff „öffentliches Wohl“ mit Verleumdungen erwidert ist? Die Enteignung widerstreitet der Verfassung, so wenig, wie die doppelte, dreimal durch gesetzlich nicht genehmigte Dismantelung. Bieleicht ist ihre Lebensunterstützung mit den Grundbesitz des polnischen nicht ganz festgelegt. Eben deshalb muß man die Enteignungsvorlage genau prüfen. Der Redner unterstreicht den Nachweis, dass die Enteignung den erwarteten Erfolg haben werde und läßt sich nicht durch Argumente an, wie die Regierungsvorlage. (Die Mitglieder des Hauses scharen sich um den Redner, dessen Ausführungen erwidert großen Beifall.) Der Redner tritt zum Schluß bei die Vorlage in der Hoffnung der Aufhebungswahl aus, dessen Befehle durch zweifelhafte sein. Der Antrag Abides, der diese Befehle in der Hauptfrage wieder berichte, ist die beste Entgegnung für das Haus.

Landwirtschaftsminister v. Rheinbaben erklärt namens der Regierung, dass sie dem Antrage des Abgeordneten Frickel zustimmen könne, da er im Prinzip ihrer Auffassung Rechnung trägt.

Herrler von Tschamer bekennt sich als entschiedener Gegner der Enteignung, gibt aber zu, daß der Antrage des Polentums nicht nur zurückgebragt, sondern mit den höchsten wirtschaftlichen Ruten beizumessen wäre. Er ist deshalb auch bereit, die ursprünglich von der Regierung vorgeschlagenen Ruten zu bewilligen. Aber für deren Verwirklichung man eine andere Methode wählen. Die Enteignung würde einen Schaden an den blauen Geldbeutel der preussischen Monarchie werden, der das herliche „Suum cuique“ fortzuerhalten würde. Die enteigneten Polen würden mit ihrem Weide in die Städte gehen und die Macht des Polentums nur stärken. Die Regierung eine Folge der Aufhebungswahl sein. Man sollte statt der Aufhebungswahl lieber die in der polnischen Bank zu tun, die deutschen Vorküßler durch Kapitalvermehrung ihrer Schulden bei geringen Zinsen wirtschaftlich vorwärtsbringen. Im Reichsvereinsgesetz sollte man national-polnische wie national-deutsche Besatzungen verbieten und die Bestimmungen des Staatsgesetzes über den Staatsverdienst verabschieden. Der Redner würde sich nach dem Stande zu stellen hören. Kann er das nicht, so soll er den Kaiser veranlassen den Reichstagsparlament eine Statue mit der Aufschrift „Lausatio omni speranza“ zu errichten. Wenn der Reichstag das nicht zustande bringt, was ist er ihm da? (Beifall.)

Professor Schmalzer empfiehlt den Antrag Abides als national-polnischen und polnischen Verbündeten. Das Enteignungsrecht ist eine Kernemöglichkeit, wenn die Aufhebungskommission in Zukunft etwas leisten soll. Und sie werde die höchste Verjährung erlangen, wenn sie auch vollständig zunächst eine Verjährung der Gegenseite herbeiführen werde. Wenn alle Polen wären, wie Herr Radjowski, so hätte es keine Not. Aber die Polen stehen unter dem Kommando fanatischer ultraradikaler Schwärmer, die im Polentum, das bei Ruin Deutschlands bedeuten würde. Jede große Reform muß den Eingriff in Privatrecht nötig, und Reformen sind nötig, um man Revolution vermeiden will. Beifall das Haus seine Güte bei dieser Aktion, so wird sich die gesamte Volkseinstimmung gegen das Haus erheben. (Beif. Beif.)

Kardinal v. Kopp betont, einem konservativen Christen solle es schwerer fallen, ein solches Gesetz zu verlegen, als für ihn notwendig hält. Deshalb möchte er nur ungern das Wort. Bei allem Vertrauen auf die Erklärungen der Regierung und auf die Zensur des Antrages Abides, sei allemfalls auch ich mich mit vielen, was Graf Culemburg gelang hat, einzuhalten erklären, es hat mir wohl getan, an einem Punkte einen förmlichen Appell für das Präsidentsamt zu hören. Ich gibt keine Rede, die über die in der Vorlage nicht umgeändert werden können; hier handelt es sich um Gemeinwohlfragen. Es liegt auch keine Notwendigkeit. Die Staatsregierung möge mehr auf die allgemeine Volkseinstimmung eines großen Teils unserer Völker hören. Das Organ ist die unanfechtbare Grundlage der menschlichen Gesellschaft. Wir wollen dem Ruten ab, was das Gesetz ist, und die Staatsregierung unterliegen in allen möglichen Angelegenheiten, bis wir es können. Aber in dieser Frage haben wir einies Bedauern. (Beifall.)

Ministerpräsident Frickel v. Rheinbaben: Der Aufhebungskommission kann die Verantwortung für das Annehmen des Polentums in den Städten nicht aufgebürdet werden. Wir bitten es, zu uns zu kommen, kommen lassen. Das Vertrauen hat sich bis jetzt immer als hart der besten Entscheidung gezeigt, wir hoffen, daß es uns auch diesmal nicht im Stich lassen wird. (Beifall.)

Dr. Damm: Man würde sich gegen die Abänderung des Antrages Abides und unter dem Kardinal Kopp, auf den Status einwirken, daß er die beiden Justizstellen überläßt. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, durch nach dem Vorhanden. Die Vorlage abzulehnen, beste nicht, die Aufhebungskommission der Regierung zu unterstellen.

Ministerpräsident Frickel v. Rheinbaben: Wenn man sagt, die Vorlage verstoße gegen Verfassung und Gesetz, so kann man gegen polnische Polen nach dem Stande des Reichstags bestritten. (Sehr richtig!) Die unangelegliche Bitte des Staates ist, sich nicht zu bewegen. Der Staat

erwidert sich dem polnischen Adel gegenüber im Zuge der Notwendigkeit. Eine Enteignung kann ein politisches Resultat nicht erreichen werden. Wir wollen die Freiheit in unierer Dismantelung setzen. Wir können eine Aufhebungswahl, um die Befreiung des Reichstags in der Dismantelung zu sichern. Der Herr Redner, die uns, dies Ziel zu erreichen durch Annahme des Antrages Abides.

Landesparlamentarier Dr. von Diembovski stellt sich auf den Boden des Antrages Abides.

Oberrheinischer Abgeordneter beantragt Schluß der Debatte. Der Schlußantrag wird angenommen.

In ihrem Schlußwort bekennt Berichterstatter von Großherzog, die Vorlage ist ausgesprochen eine Zerreißprobe.

Der Gesamtantrag über die Vorlage wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der Antrag Abides wird in mangelhafter Abstimmung mit 143 gegen 111 Stimmen angenommen. Damit sind die Befehle des Abgeordnetenhauses im wesentlichen wieder hergestellt.

Der Rest des Tages wird ohne Unterbrechung nach den Kommissionsbefehlen angenommen, ebenso die Resolution der Kommission auf Unterbrechung der Aufhebungskommission.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Die nächste Sitzung wird nicht vor Ende März stattfinden.

Schluß 6 1/2 Uhr.

39. Sitzung am 27. Februar.

Abgeordnetenhause.

Am Ministertisch: von Politz.

Präsident von Frickel eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. Erst das Ministertisch des Innern.

Herr Abide v. I. S. hinter den Minister, daß er sorgen, daß die finanzielle Politik ebenso leistungsfähig ist wie die militärische.

Die Einnahmen werden befristet. In der allgemeinen Besprechung beim Titel: Ministerpräsident fordert

Herr Streffer (son.) die Polizei zu energischem Einschreiten gegen die Verbreitung unbilligeren Wunders und Schriften auf, auch militärische Einschreiten müssen verwendet werden. Der Minister erklärt jedoch die Ausschreitungen des Automobils. Der Minister möge die Polizei zu energischem Einschreiten veranlassen. Die geplante Autokolon im Zentrum wäre besser nach der Überzeugung der Abgeordneten gelöst werden sollen.

Minister des Innern von Hoffke: Die Bekämpfung der unbilligen Schriften ist die wichtigste Aufgabe der Polizei. Die Bekämpfung der unbilligen Schriften ist die wichtigste Aufgabe der Polizei.

Herr Streffer (son.) empfiehlt eine Reorganisation der Innere Verwaltung zum Haupt und Oberhaupt. Besondere ist der Antrag an Budget und Anstand. Das Publikum möchte sich aber selbst richten. Die zentralistische Verfassung sollte beibehalten werden. Durch die letzten großen Wohnungsbedürfnisse werde die Unbilligkeit befristet. Die Polizeigewalt gegenüber ehemaligen Soldaten müsse anders gehandhabt werden. Der Minister bittet den Minister, der Präsident der Abgeordneten Vorlage auf Zustimmung möglichst entgegenzunehmen. (Beifall.)

Herr Streffer (son.) die Wohnungsbedürfnisse in den großen Städten und Anwohnern müssen befristet werden. Eine Vereinigung der Verwaltung durch eine weitestgehende Dismantelung ist notwendig. Die Minister müssen von dem Parlament der wahren Verwaltung befreit werden. Bei diesen noch an einem Übernahm von Kontrollen, unter denen wir noch erkranken werden. Dadurch wird das Bestehen der Verwaltung in den Beamten geschwächt. (Beifall.)

Herr Streffer (son.) die Wohnungsbedürfnisse in den großen Städten und Anwohnern müssen befristet werden. Eine Vereinigung der Verwaltung durch eine weitestgehende Dismantelung ist notwendig. Die Minister müssen von dem Parlament der wahren Verwaltung befreit werden. Bei diesen noch an einem Übernahm von Kontrollen, unter denen wir noch erkranken werden. Dadurch wird das Bestehen der Verwaltung in den Beamten geschwächt. (Beifall.)

Herr Streffer (son.) die Wohnungsbedürfnisse in den großen Städten und Anwohnern müssen befristet werden. Eine Vereinigung der Verwaltung durch eine weitestgehende Dismantelung ist notwendig. Die Minister müssen von dem Parlament der wahren Verwaltung befreit werden. Bei diesen noch an einem Übernahm von Kontrollen, unter denen wir noch erkranken werden. Dadurch wird das Bestehen der Verwaltung in den Beamten geschwächt. (Beifall.)

Herr Streffer (son.) die Wohnungsbedürfnisse in den großen Städten und Anwohnern müssen befristet werden. Eine Vereinigung der Verwaltung durch eine weitestgehende Dismantelung ist notwendig. Die Minister müssen von dem Parlament der wahren Verwaltung befreit werden. Bei diesen noch an einem Übernahm von Kontrollen, unter denen wir noch erkranken werden. Dadurch wird das Bestehen der Verwaltung in den Beamten geschwächt. (Beifall.)

Herr Streffer (son.) die Wohnungsbedürfnisse in den großen Städten und Anwohnern müssen befristet werden. Eine Vereinigung der Verwaltung durch eine weitestgehende Dismantelung ist notwendig. Die Minister müssen von dem Parlament der wahren Verwaltung befreit werden. Bei diesen noch an einem Übernahm von Kontrollen, unter denen wir noch erkranken werden. Dadurch wird das Bestehen der Verwaltung in den Beamten geschwächt. (Beifall.)

Herr Streffer (son.) die Wohnungsbedürfnisse in den großen Städten und Anwohnern müssen befristet werden. Eine Vereinigung der Verwaltung durch eine weitestgehende Dismantelung ist notwendig. Die Minister müssen von dem Parlament der wahren Verwaltung befreit werden. Bei diesen noch an einem Übernahm von Kontrollen, unter denen wir noch erkranken werden. Dadurch wird das Bestehen der Verwaltung in den Beamten geschwächt. (Beifall.)

Herr Streffer (son.) die Wohnungsbedürfnisse in den großen Städten und Anwohnern müssen befristet werden. Eine Vereinigung der Verwaltung durch eine weitestgehende Dismantelung ist notwendig. Die Minister müssen von dem Parlament der wahren Verwaltung befreit werden. Bei diesen noch an einem Übernahm von Kontrollen, unter denen wir noch erkranken werden. Dadurch wird das Bestehen der Verwaltung in den Beamten geschwächt. (Beifall.)

Herr Streffer (son.) die Wohnungsbedürfnisse in den großen Städten und Anwohnern müssen befristet werden. Eine Vereinigung der Verwaltung durch eine weitestgehende Dismantelung ist notwendig. Die Minister müssen von dem Parlament der wahren Verwaltung befreit werden. Bei diesen noch an einem Übernahm von Kontrollen, unter denen wir noch erkranken werden. Dadurch wird das Bestehen der Verwaltung in den Beamten geschwächt. (Beifall.)

Herr Streffer (son.) die Wohnungsbedürfnisse in den großen Städten und Anwohnern müssen befristet werden. Eine Vereinigung der Verwaltung durch eine weitestgehende Dismantelung ist notwendig. Die Minister müssen von dem Parlament der wahren Verwaltung befreit werden. Bei diesen noch an einem Übernahm von Kontrollen, unter denen wir noch erkranken werden. Dadurch wird das Bestehen der Verwaltung in den Beamten geschwächt. (Beifall.)

Herr Streffer (son.) die Wohnungsbedürfnisse in den großen Städten und Anwohnern müssen befristet werden. Eine Vereinigung der Verwaltung durch eine weitestgehende Dismantelung ist notwendig. Die Minister müssen von dem Parlament der wahren Verwaltung befreit werden. Bei diesen noch an einem Übernahm von Kontrollen, unter denen wir noch erkranken werden. Dadurch wird das Bestehen der Verwaltung in den Beamten geschwächt. (Beifall.)

Herr Streffer (son.) die Wohnungsbedürfnisse in den großen Städten und Anwohnern müssen befristet werden. Eine Vereinigung der Verwaltung durch eine weitestgehende Dismantelung ist notwendig. Die Minister müssen von dem Parlament der wahren Verwaltung befreit werden. Bei diesen noch an einem Übernahm von Kontrollen, unter denen wir noch erkranken werden. Dadurch wird das Bestehen der Verwaltung in den Beamten geschwächt. (Beifall.)

Herr Streffer (son.) die Wohnungsbedürfnisse in den großen Städten und Anwohnern müssen befristet werden. Eine Vereinigung der Verwaltung durch eine weitestgehende Dismantelung ist notwendig. Die Minister müssen von dem Parlament der wahren Verwaltung befreit werden. Bei diesen noch an einem Übernahm von Kontrollen, unter denen wir noch erkranken werden. Dadurch wird das Bestehen der Verwaltung in den Beamten geschwächt. (Beifall.)

Handel und Verkehr.

Der Zentralverband der Lederhändler Deutschlands tritt nächste Woche zu seiner Jahresversammlung in Berlin zusammen.

Rositzer Zucker-Raffinerie. Für 1907 ergibt sich nach Abschreibung eines Kurverlustes von 41510 Mk. auf Startposten...

Erfurter Bank, Fleckort, Blanchart & Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien, in Erfurt. Der Aufsichtsrat schlägt aus dem Eingewinn von 378 773 (307 689) Mk. eine Dividende von 7 Proz. (wie i. V. v.) von 50000 Mk. werden dem Spezialreservafonds zugewiesen...

Norddeutsche Grundcreditanstalt in Welm. Der Eingewinn für 1907 beträgt 567 793 (i. V. 566 744) Mk. Die Verwaltung bezieht die Verteilung einer Dividende von wiederum 5 1/2 Proz.

Verfeinigte Hansschlauch- und Gummiwarenfabrik zu Getha. L.-G. Für 1907 beträgt nach der in 15 Quartalen im Vorschlag gebracht. Der letztjährige Rohgewinn betrug 44 204 (34 460) Mk. Nach 76 997 (71 692) Mk. Abschreibungen bleibt ein Reingewinn von 365 407 (272 767) Mk. Als Gewinnvortrag werden 34 741 (24 358) Mk. verwendet.

Lepziger Zentraltheater, A.-G. Das Geschäftsjahr 1907 hat für die Gesellschaft ein günstigeres Ergebnis gebracht als das frühere Jahr. Der Gesamtgewinn beziffert sich einschließlich 1763 Mk. Vortrag auf 193 072 (i. V. 149 882) Mk., wobei der Wirtschaftsbetrieb 130 777 (102 453) Mk. und die Verwaltungskosten und anderer Teile des Grundbesitzes 54 332 (45 898) Mk. abgeschrieben wurden.

Eilbärgenhaus, A.-G., Dresden. Das dem eigentlichen Gewinn bringende Lagergeschäft lag 1907 sehr unbefriedigend. In das neue Jahr ist die Gesellschaft aber mit rund 50 Proz. mehr Einlagerungen eingetreten, der fest vermietete Lagerraum war am Jahreschluß sogar fast doppelt so groß wie Ende 1906. Die Dividende wird mit 6 Proz. vorgeschlagen.

Paul Süss, A.-G. für Luxuspapierfabrikation, Dresden-Müglitz. Der Aufsichtsrat bringt für 1907 nach Vornahme von Vorarbeiten sehr reichlichen Rückstellungen und Abschreibungen (im Vorj. 196 000 Mk.) eine Dividende von 10 (7) Proz. in Vorschlag.

Deutsche Ton- und Steinzeugwerke, A.-G. Nach 144 353 (i. V. 147 835) Mk. Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 744 036 (629 493) Mk. Hiervon sollen wiederum 10 Proz. Dividende auf das erhöhte Aktienkapital verteilt werden, ferner als Dotierung des Delkreder-Kontos 4545 (21216) Mk., als Rückstellung ins Unternehmen 100 000 Mk. (wie im Vorjahre), als fäntieme an Vorarbeiten und Remuneration 53 332 (60 743) Mk., als fäntieme an den Aufsichtsrat 34 741 (28 655) Mk. vorgeschlagen werden.

Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-A.-G. Der Reingewinn der Gesellschaft für 1907 beträgt nach der in 15 Quartalen des Anfechtungsorgans vorgelegten Bilanz rund 25,2 Millionen. Man hat 32,3 Millionen (im Vorjahre). Der Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 6 (i. V. 10) Proz. vorgeschlagen, so daß etwa 17,5 Millionen (21,9 Millionen) Mark Verwendung für Abschreibungen und Reststellungen finden können.

Bank für Handel und Industrie. Filiale Halle a. S. — Alte Promenade 3. Aktienkapital und Reserven 183 1/2 Millionen Mark.

ander Grund liegt in den bekannten Tarifkämpfen, die im nordatlantischen Verkehr und auf anderen wichtigen Verkehrsgebieten geführt, vor kurzem aber durch die Hamburg-Amerika-Linie sehr befriedigende Verständigung mit den übrigen beteiligten Gesellschaften beigefügt worden sind.

Dreiner Metallwerke, A.-G. Der am 1. April stattfindenden Generalversammlung werden 12 Proz. Dividende (gegen 10 Proz. im Vorjahre) vorgeschlagen.

Berliner Produktenbörse vom 27. Februar.

Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühlmarkt: Weizen, inländ. 204,00—206,00 Mk. ab Bahn und frei Mühle, Mai 209,00 Mk.

Preise um 2 1/2 Uhr (nichtamtlich):

Weizen Tendenz: Schwankend. Mai 209,00 Mk., Juli 210,00 Mk., September — Mk.

Haber, Donnerstag 27. Februar, abends 6 Uhr Kaffeesmarkt. Good average Santos per März 32 1/2, per Mai 33, per Oktober 34, per September 39 1/2, per Dezember 34, per März 34, per Oktober 34, per Dezember 34.

Magdeburg, Donnerstag 27. Februar. Zuckerbericht. Kornzucker, 83 Grad ohne Sack 9,80—9,87 1/2, Nachproduktion, 75 Grad ohne Sack 8,00—8,20.

Hamburg, Donnerstag 27. Februar, abends 6 Uhr Zuckermarkt. Rüben-Rohzucker I, Produkt Basis 99% Rendement neu am Markt, frei an Bord Hamburg, per 100 Kilo per Februar 20,05, per März 20,15, per Mai 20,50, per August 20,50, per Oktober 19,55, per Dezember 19,50.

Hamburg, 27. Februar. Petroleum fest, Standard white loco 7,05.

Antwerpen, 27. Februar. Petroleum. Raff. Type white loco 23 bez. u. Br., Februar 23 Br., März 23 1/2, Br., April—Mai 23 1/2, Br. Tendenz: Fest.

Schiffbewegungen. \* Berlin, 27. Februar. (Kaiserliche Marine). „Hohenzollern“ ist am 27. Februar von Kiel nach Gibraltar und Tripoli, „Sleswig“ am 27. Februar von Plymouth nach Vigo in See gegangen.

Bismarck mit dem Chef des Kreuzergeschwaders und „Niobe“ sind am 25. Februar in Balikpapan (Borneo) eingetroffen. „Niobe“ ist am 26. Februar von dort in See gegangen.

Über die nachstehenden Firmen ist das Konkurrenzverfahren eröffnet worden. Der Sitz des Konkurrenzgerichts ist in Kilmann bei der dortigen Kreisverwaltung.

Schuhmachermester K. Spormann in Blankenburg a. H. (242, 27/3, 10/3, 10/4).

Manufakturwarenhändler M. Henschel gen. Herm. Fellig in Dresden (25/2, 10/3, 3/1, 3/1).

Zigarettenfabrikant und Landspostkonditor C. W. A. Weiger in Dresden (25/2, 17/3, 3/1, 3/1).

Kaufmann Max Freitag in Finkenstein (25/2, 20/4, 26/3, 21/5).

Zentral-Dröcker H. Lötze in Hagen, West (24/2, 20/3, 24/3, 24/3).

Mützenfabrikant Fritz Biège in Kiel (24/2, 21/3, 3/1, 3/1).

Kaufmann K. Zimmermann, er. Inh. d. Gebr. Zimmermann (Nachlass), in Mannheim (24/2, 13/3, 21/3, 21/3).

Pfleder, K. G. Fritzsche (Nachlass) in Marienberg (25/2, 25/3, 17/3, 30/3).

Kaufmann M. Ludw. Brodersen in Marne (24/2, 10/3, 18/3, 18/3).

Friedmann & Co., Bankgeschäft, Halle a. S., — Poststr. 2.

Table with columns: Nachfrager, Angebot, Nachfrager, Angebot. Lists various commodities and their market prices.

abgeschlossen am 28. Februar 10 Uhr vormittags. Tendenz: Abgeschwächt.

Bank für Handel und Industrie, Filiale Halle a. S. — Alte Promenade 3. Aktienkapital und Reserven 183 1/2 Millionen Mark.

Berliner Börse, 27. Februar 1908.

Large financial table with multiple columns listing various stocks, bonds, and market data. Includes sub-sections for 'Berliner Börse' and 'Berlin. Bankdiskont 6%, Lombardzinsfuß 7%, Privatdiskont 4 1/2%'. The table contains numerous numerical entries and names of companies and financial instruments.